
Mainz, den 30. November 2021

Pressemitteilung

Innenministerkonferenz vom 1. bis 3. Dezember 2021 Initiativsausschuss fordert von Innenminister Roger Lewentz Einsatz für langjährig Geduldete und für Schutzsuchende aus Afghanistan und Syrien

Der Initiativsausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz fordert Innenminister Roger Lewentz dazu auf, bei der bevorstehenden Innenministerkonferenz (IMK) vom 1. bis 3. Dezember für einen Abschiebestopp nach Afghanistan und nach Syrien sowie für dauerhafte Aufenthaltsperspektive afghanischer und syrischer Schutzsuchender einzutreten. Dringend erforderlich sei außerdem eine sofortige Übergangsregelung, um potentiell von den Bleiberechtsplänen der Ampel-Koalition begünstigte Geduldete bis zur Umsetzung der Pläne vor der Abschiebung zu schützen.

Der Initiativsausschuss begrüßt die Ankündigung von SPD, Grünen und FDP, den etwa 65.000 Personen, die seit fünf Jahren geduldet sind, endlich eine Aufenthaltsperspektive eröffnen und weiteren langjährig Geduldeten den Zugang zu den Bleiberechtsregelungen nach § 25a und § 25b Aufenthaltsgesetz erleichtern zu wollen:

„Menschen über Jahre unter dem Damoklesschwert der ‚Ausreisepflicht‘ zu belassen, obwohl sie dieser Pflicht aus guten Gründen nicht nachkommen können bzw. sie nicht durchgesetzt werden kann, erschwert ihnen den Zugang zum Arbeitsmarkt und Bildungssystem sowie ein Ankommen in der Gesellschaft. Das liegt weder im Interesse der Betroffenen noch der Aufnahmegesellschaft. Es ist deshalb gut, dass die neue Bundesregierung der ideologiebehafteten Praxis der alten Bundesregierung, Menschen jahrelang in aufenthaltsrechtlicher Unsicherheit zu belassen, jetzt mit pragmatischen Lösungsansätzen entgegneten will“, sagt Torsten Jäger, der Geschäftsführer des Initiativsausschusses.

Es komme nun darauf an, die angekündigten Bleiberechtsregelungen so auszugestalten, dass sie tatsächlich Wirkung entfalten können. Ebenso wichtig sei es aber auch, potentiell begünstigte Personen bis zur Umsetzung der Pläne ab sofort verbindlich vor der Abschiebung zu schützen:

„Hier ist die IMK gefordert. Denn sonst werden einzelne Ausländerbehörden in Deutschland noch einmal ‚aufdrehen‘, den Druck auf die Betroffenen erhöhen und versuchen, die geplante Regelung zu unterlaufen, indem sie vor ihrer Umsetzung schnell noch harte ‚Abschiebefakten‘ schaffen“, so Jäger.

Wichtig sei zudem, dass die IMK angemessen auf die aktuelle Situation in Afghanistan und in Syrien reagierte: *„Ohne konkrete Gefahr für Leib und Leben sind Rückführungen in beide Länder auf unabsehbare Zeit nicht möglich. Die übergroße Mehrheit der Afghan*innen und Syrer*innen in Deutschland wird deshalb dauerhaft hierbleiben, selbst wenn ihnen im Asylverfahren ein Schutzstatus verweigert wurde.“*

Dieser offenkundigen Tatsache müssen die Innenminister*innen Rechnung tragen, indem sie den Ende 2020 aufgekündigten Abschiebestopp für Syrien wieder in Kraft setzen, einen Abschiebestopp für Afghanistan erlassen und den Betroffenen schnellstmöglich Aufenthaltssicherheit geben.

„Andernfalls“, so Jäger abschließend, *„entsteht auf mittlere Sicht erneut genau die Problemlage, der die Ampelkoalitionäre durch die im Koalitionsvertrag gerade vereinbarten Bleiberechtsregelungen entgegen treten wollen.“*

gez.

Torsten Jäger, Geschäftsführer